

Die Vorsitzende des Umweltausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Patricia Peill (CDU), und Dr. Ralf Nolten (CDU) haben als Mitglieder des Ausschusses die Papierfabrik Schoellershammer besucht. Der Besuch galt der Besichtigung der neuen Papiermaschine des Familienunternehmens. Es fand ein intensiver Austausch über umweltpolitische Themen statt, die landesweit papiererzeugende Unternehmen und besonders Industriefirmen in der Region Düren maßgeblich betreffen. Beteiligt waren Vertreter des Wirtschaftsverbandes der rheinisch-westfälischen papiererzeugenden Industrie e.V. aus Bonn und dem Industrie-Wasser-Umweltschutz e.V. aus Düren. Die drei Geschäftsführer Bernd Scholbrock, Armin Vetter und Alexander Stern von Schoellershammer betonten die Bedeutung der Inbetrieb-

nahme der neuen Papiermaschine für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens. Bernd Scholbrock, ebenfalls Vorsitzender des Altpapierausschusses NRW, verwies auf die Bedeutung des Altpapierrecyclings durch die Papierindustrie in NRW für die Kreislaufwirtschaft und die Ressourcenschonung und erläuterte die Möglichkeiten der Steigerung der Verwertungsquoten. Notwendig sei die Beibehaltung beziehungsweise Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen für die Industrie, so etwa eine Bestätigung des Ministererlasses zum Ende der Abfalleigenschaft

von Altpapier durch die neue Landesregierung. Wasserrechtliche Bewilligungen für die Entnahme von Betriebswasser und eine wirtschaftlich und ökologisch jederzeit gesicherte Abnahme und Behandlung der Abwässer zählen zu den vitalen Rahmenbedingungen, ohne die sich die Industrie nicht entwickeln kann. Hier kamen die Risiken zur Sprache, denen sich die Industrie insbesondere an der Rur derzeit ausgesetzt sieht. Hierzu zählt die Ausweisung der Rur als Lachsgewässer und die damit verbundene Mindestwasserführung, die mit den Wasserentnahmerechten

der Industrie konkurriert. Matthias Simon, Vorsitzender des Industrie-Wasser-Umweltschutz e.V. in Düren und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes der rheinisch-westfälischen papiererzeugenden Industrie e.V. in Bonn, adressierte eine Forderung: „Es ist dringend erforderlich, dass die Durchsetzung der Umwelt- und Wirtschaftspolitik der Landesregierung durch die Behörden mit klaren Ermessensspielräumen gesichert wird. Im nationalen und internationalen Wettbewerb ist die verlässliche Gewährung von Betriebswasserentnahmerechten Grundvoraussetzung für die Investitionssicherheit von Unternehmen und damit einer erfolgreichen Standortpolitik. Diese darf auch bei ökologischen Projekten, etwa der Diskussion um Lachsgewässer, zu keinem Zeitpunkt gefährdet werden.“

